

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Wochen haben wir, die beiden sachkundigen
Bürger der FDP und ich uns intensiv mit der Finanz- und
Haushaltslage unserer Gemeinde beschäftigt.

Eines wurde jedem beim Lesen des Haushaltsentwurfs klar,
die Verwaltung und unser Bürgermeister können die Defizite
nicht einfach ausgleichen. Die Steuereinnahmen sprudeln
bekanntermaßen in Gemeinden unserer Größenordnung
nicht unendlich.

Seit 2009 hatten die vorgelegten Haushaltsentwürfe der
Verwaltung eins gemeinsam, sie waren
alle vom Sparwillen geprägt. Politik und Verwaltung haben mit
der gemeinsamen externen Haushaltsanalyse im Jahr 2010
den richtigen Weg eingeschlagen. Die einzig richtige Richtung
war damals und ist heute der ausgeglichene Haushalt. Dieses
Ziel werden wir allerdings mit Verspätung erreichen, aber das
hat nichts mit den Verspätungen im Bahnverkehr zu tun.

Der vorgelegte Haushalt ist - wie Herr Bergmann eindeutig in
der Haushaltsrede dargelegt hat, - im Großen und Ganzen
durch Fremdeinflüsse bestimmt. Ich glaube, dieser
Einschätzung können wir an dieser Stelle ohne
Widerspruch folgen.

Meine Damen und Herren ein kurzer Rückblick auf das vergangene Haushaltsjahr.

Der Geldsegen von voraussichtlich 1,3 Millionen Euro beim Jahresabschluss 2016 stammt zu einem großen Teil von den Bürgern und Unternehmen. Ich finde, dass das nicht unerwähnt bleiben sollte.

Natürlich haben die günstige Zinssituation und die abbezahlten Kassenkredite in den vergangenen Jahren auch zu diesem Plus geführt.

Noch einmal zur Erinnerung, unserer Gemeindeverwaltung ist es gelungen, die Finanzlage unserer gemeindeeigenen Gesellschaft „Wohnen in Nordkirchen“ in den vergangenen zwei Jahren um knapp 2,1 Millionen Euro zu verbessern. Damit nicht genug, eine langfristige Forderung aus der Politik wurde im vergangenen Jahr endlich umgesetzt. Die kurzfristigen Kassenkredite wurden um 2,5 Millionen Euro reduziert.

Vor wenigen Jahren hätten wir ALLE nicht daran geglaubt, dass dies einmal in unserer Gemeinde erreicht wird.

Derzeit wird kontrovers diskutiert, wie es denn unserer Gemeinde tatsächlich geht. Wir sollten hier ehrlich miteinander umgehen.

In diesem Zusammenhang hat der Fraktionsvorsitzende, der UWG kein gutes Zeichen gesetzt, als er sich noch vor der gesamthaften Abstimmung des Haushalts 2017 im Ausschuss für Familien, Schule, Sport und Kultur aus der laufenden Sitzung verabschiedete. An dieser Stelle zeigt sich mir welcher Einstellung hier Politik betrieben wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Herr Bürgermeister,

damit lassen sie mich nun endgültig zum Haushalt 2017 kommen. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr nicht mit höheren Abfall-entsorgungsgebühren rechnen müssen. Auch die Gebührenkalkulation 2017 für die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswassergebühr konnte insgesamt stabil gehalten werden. Ein erfreuliches Ergebnis für die Menschen in unserer Gemeinde.

Es liegt auf der Hand, dass sich eine gewisse Zufriedenheit bei den Bürgern einstellt, wenn die steuerlichen Abgaben in unserer Gemeinde nicht ständig steigen.

Allerdings sollten wir nicht verschweigen, dass der Haushalt deutlich macht, dass zwischen den Erträgen und Aufwendungen sich allmählich eine Differenz aufbaut.

Wenn wir also weiter den Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt anstreben, werden wir uns noch vor nächsten Kommunalwahl entscheiden müssen, welchen Weg wir in Zukunft gehen wollen.

Dem in der letzten HFA-Sitzung zwischen SPD und CDU angedachten Weg, die Einwohnerzahl über neue Erschließungsflächen in unserer Gemeinde zu erhöhen, können wir zustimmen, obwohl die Erschließung neuer Flächen auch Infrastrukturkosten für die Gemeinde bedeuten.

Ich habe allerdings die Befürchtung, dass diese Idee zur weiteren Sanierung unseres Haushalts nicht ausreichen wird.

Wir werden mit Blick auf die Haushaltslage im Land, im Kreis und in unserer Gemeinde, um die Diskussion um Steuererhöhungen noch in dieser Wahlperiode nicht herum kommen. Ich weiß, dass die SPD und CDU eine solche Debatte vermeiden wollen, aber neue Schulden zu planen ist für die folgenden Generationen der falsche Weg.

Trotzdem, die in diesem Haushaltsentwurf vorgeschlagenen Investitionen sind nach meiner Meinung sinnvoll, weil wir damit ein Substanzverlust für die Gemeinde vermeiden. Unabhängig davon sind diese aber auch auf einem relativ hohen Niveau. Nur am Rande bemerkt, der Kämmerer hat für 2018 bereits eine weitere Steigerung bei der Kreditaufnahme von ca. 700 Tausend Euro zum Ansatz gebracht. Diese Planung macht aus meiner Sicht schon allein deshalb Sinn, weil hier eine Rückzahlung und Tilgung von Krediten in Höhe von rund 1,8 Millionen eingeplant sind.

Ein wichtiger Punkt ist für uns, dass im Haushalt 2019 endlich die Investitionstätigkeiten abnehmen. Richtig, eine solche Planung können wir nur unterstützen, weil dies mit Blick auf die unsicheren Finanzmärkte äußerst wichtig ist.

Der Haushalt 2017 hat gerade vor diesem Hintergrund auch Schattenseiten, insbesondere, weil die Nettoneuverschuldung in diesem Jahr gestiegen ist.

Das alles sollte schon zum Nachdenken anregen, weil auch keiner von uns vorhersagen kann, wann die Zinsen wieder steigen. Ich möchte nicht darüber spekulieren, welcher politische Handlungsraum uns dann noch bleibt, wenn dies eintritt.

Ich, als Vorsitzender des Ausschusses für Familie, Schule, Sport und Kultur stimme dem Ansinnen der Verwaltung gerne zu, den dringend notwendigen Neubau eines Kindergartens – Kostenfaktor in diesem Jahr 600 Tausend Euro - durch einen Investorenwettbewerb dem Haushalt zu ersparen. Mehrere Nachbarkommunen haben in letzter Zeit Kindergärten durch private Investoren realisiert. Ein solcher Investor lässt sich allerdings nur finden, wenn wir nicht alles diesem vorschreiben. Es handelt sich um unsere Kinder und daher können und sollten wir uns keine Verzögerungen wie im Fall Haus Westermann leisten. Wir leben in einer familienfreundlichen Gemeinde und wir wollen auch in Zukunft eine familienfreundliche Gemeinde bleiben!

Sehr geehrter Bürgermeister, meine Damen und Herren, gestatten sie mir noch eine kurze Ausführung zum Thema Gesamtschule. Eltern, Schüler und Lehrer haben beim Versuch den Teilstandort Ascheberg an Start zu bringen erfahren, welcher Bürokratismus in NRW bei der Schulpolitik gelebt wird. Wir brauchen einen Wechsel in der Schulpolitik - dabei ist nicht entscheidend, welche Projekte der Schulministerin wichtig sind, entscheidend ist aus unserer Sicht, weniger Bürokratismus und ein qualitativvoller Unterricht mit modernster Methodik und Technik.

Die Rot-Grüne Landesregierung zwingt die kommunale Familie jetzt sogar neue Schulden zu machen. Nichts Anderes ist doch das Programm „gute Schule 2020“.

Anstatt die Mittelzuweisungen für die dringend notwendigen Investitionen in unsere Schulen endlich zu erhöhen, wird uns in den Kommunen ein Programm angeboten, mit dem wir selbst Kredite bei der NRW.Bank aufnehmen müssen, um überhaupt Geld für unsere Schulen zu erhalten.

Im Wahlkampf für die im Mai stattfindenden Landtagswahlen wird die FDP in den nächsten Monaten mit größtem Engagement für einen Politikwechsel und weniger Bürokratismus in den Schulen von Nordrhein-Westfalen streiten. Es kann nicht sein, dass wir als Kommunalpolitiker die Probleme lösen. Die Gesetzgebung findet in Düsseldorf statt und daher spreche ich hier die Wählerinnen und Wähler an, fordern sie ihren Landtagskandidaten auf, eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder und die Zukunft unserer Gesamtschule. Ein anderes Thema was uns in Nordkirchen und damit in Deutschland bewegt sind die Flüchtlinge. Eine genaue Kostenplanung für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung kann die Kämmerei nicht liefern. Verständlich!

Allerdings der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat die Kosten für Asylbewerberleistungen, die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger und andere Sozialhilfen - sowie Kosten für Integrationsmaßnahmen und Investitionen zusammengetragen. Fazit, die Kosten sind bedeuten höher als veranschlagt und daher haben Bund und Länder vereinbart von 2016 bis 2018 eine Integrationspauschale von über zwei Milliarden bereitzustellen. Zusätzlich überweist der Bund den Länder für die Unterbringungskosten 2,6 Milliarden. Das Geld kommt aus unserer Sicht nicht vollständig in den Kommunen an.

Meine Damen und Herren,

Integration kostet vor Ort Geld und daher fordere ich alle Wählerinnen und Wähler bei den Bundestags- und Landtagswahlen auf, sprechen sie mit den Kandidaten in Wahlkämpfen, damit der neue Landtag das Thema wieder auf die Tagesordnung setzt und die Kommunen mit mehr Geld unterstützt.

Es darf keine Überbelastung der ehrenamtlichen Helfer vor Ort geben oder ein Risiko für unseren Haushalt entstehen.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Gelder vom Bund vollständig an die Kommunen durchwinken.

Mit einer ehrlichen Haushaltspolitik werden und können wir dafür zu sorgen, dass die Menschen sich in unseren drei Dörfern wohlfühlen.

Ich pendele täglich zwischen der Metropole Essen und dem Erholungsort Nordkirchen, trotz aller Probleme auf der Straße und der Schiene in Nordrhein-Westfalen.

Diese Belastung nehme ich gerne auf mich, weil der Erholungswert für mich und meine Familie in dieser Gemeinde passt.

Ich bedanke mich bei der Verwaltung, insbesondere Herrn Töning und seinem Team, für die gut aufbereiteten Zahlen zum Haushalt 2016.

Danken möchte ich auch Ihnen, Herr Bürgermeister. Sie haben, deutlich gemacht, wo die Risiken im Haushalt 2017 liegen, aber auch verstanden als Bürgermeister die Chancen aufzuzeigen.

Und zum Schluss danke ich Ihnen Allen auch dafür, dass Sie mir so geduldig zugehört haben.

Die FDP Nordkirchen wird dem Haushaltsentwurf zustimmen.